



für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 15/24 (Nr.21) am 10.08.24

Am Sonntag, 1.9. um 16:00 Uhr in Völklingen:

Ohne Gewerkschaften hat der Frieden keine Chance

Am Sonntag, dem 1. September 2024, treffen sich die Mitglieder des OV Saar der ver.di von 16 bis 19 Uhr in Völklingen. Wir begehen den jährlichen Antikriegstag wie schon in den Vorjahren im Kreise unserer Kolleginnen und Kollegen. Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen, für Geld für Soziales und Bildung statt Waffen. Wir brauchen dringend den Schulterschluss mit der Friedensbewegung sonst sieht es für unsere Zukunft düster aus.

Beginnen wird die Veranstaltung mit der Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Faschismus im Schillerpark in Völklingen. Es sprechen die Ministerpräsidentin des Saarlandes Anke Rehlinger und der stellvertretende Bezirksvorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz/Saarland Timo Ahr. Im Anschluss findet ein Friedensfest auf dem Vorplatz der Kirche St. Michael statt.

Wir hätten gerne eine Rednerin oder Redner gehabt, die oder der die Positionen der Friedensbewegung vertritt. Entsprechende Vorschläge wurden von ver.di-Kollegen im DGB Kreisvorstand vorgetragen. Die Vorschläge stießen bei den Vorstandsmitgliedern auf Zustimmung, nicht so bei den Entscheiden des DGB.

Trotzdem werden wir uns unserer Verantwortung gerecht und bleiben auf Abrüstungskurs und bekämpfen die Kriegsrethorik. Wenn es uns nicht gelingt, den DGB zum Aktivposten im

Ringen um Frieden zu machen, dann haben wir schon verloren. Deswegen und erst recht am 1. September nach Völklingen.

ANTIKRIEGSTAG **DGB**

SONNTAG 1. SEPTEMBER 2024
16-19 UHR IN VÖLKLINGEN

16H KRANZNIEDERLEGUNG AM
DENKMAL FÜR DIE OPFER DES
FASCHISMUS
SCHILLERPARK (KÜHLWEINSTRASSE)

MIT
ANKE REHLINGER
TIMO AHR

17H FRIEDENSFEST MIT LIVE-MUSIK
VORPLATZ DER KIRCHE ST. MICHAEL, GÄRTNERSTR. 1

MIT
JEANETTE DALIA CURTA

FÜR DAS LEIBLICHE WOHL
IST GESORGT!

ANMELDUNG UNTER: **0681-40001-12**
ODER **KURZLINKS.DE/ANTIKRIEGSTAG**



Unser Vorsitzender schrieb Simone Bibel und Timo Ahr

Eine falsche Entscheidung

Warum spricht die Ministerpräsidentin auf dem Antikriegstag? Manche Kollegin ist verwundert, hat man sie ja noch nie auf einer Friedensdemo gesehen, auch auf dem diesjährigen Ostermarsch war sie nicht. Sie arbeitet auch in keiner Friedensgruppe oder ähnlichem mit. Sie unterstützt ohne ein Fragezeichen die Zeitenwendepolitik der Bundesregierung. Es ist nicht bekannt, dass sie sich auch nur hinter eine Forderung der Gewerkschaften für Frieden gestellt hat.

So haben sich die Gewerkschaften z.B. gegen das 2 % Ziel ausgesprochen und sie setzen eindeutig auf Diplomatie anstatt für immer mehr Waffenexporte. Wir wollen Anke Rehlinger nicht ihre Absicht absprechen zu meinen, die Kriegsvorbereitungen würden dem Frieden dienen, aber unzweifelhaft ist doch, dass sie sich nicht als Friedensaktivistin hervorgetan hat. Sie spricht sich eindeutig für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete aus, ist für die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen und für die weitere militärische Unterstützung der Ukraine und Israels. Man kann ihre Ansichten teilen, aber sie ist keine Vertreterin irgendeiner von der Regierung abweichenden Position. Wir wollen sie gar nicht angreifen, aber wir sprechen ihr die Fähigkeit ab, die friedenspolitischen Positionen der Gewerkschaften vertreten zu können.

All die Waffen haben bisher weder zu Frieden in der Ukraine, noch zum Rückzug Russlands geführt. Wir sollen kriegstüchtig werden.

Ja, werden jetzt die Kollegen einwenden, ihr wollt ja nur Euren Pazifismus verbreiten, einen Bierbaum oder Lafontaine reden lassen, ihr Putinverstehere, nein, wir wollen kriegstüchtig werden, da müssen alle eingeschworen werden.

Aber wie wäre es denn dann mal mit Rolf Mützenich, der es sich nicht gefallen lässt, dass noch nicht einmal die Bundesregierung über die „Gemeinsame Erklärung“ der USA und Deutschlands zur Stationierung informiert war, obwohl es heißt, es sei eine Erklärung „der Regierungen“.

Oder wie steht es denn mit der Solidarität mit dem ehemaligen Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der sich für Friedensverhandlungen einsetzt. „Nein zu Deutschland als Kriegspartei“ fordern bekannte Stimmen aus Sozialdemokratie und Gewerkschaftern wie Peter Brandt, Hertha Däubler-Gmelin, Michael Müller oder Helga Schwitzer. Anke Rehlinger lesen wir da nicht.

SPD-Politiker wie der frühere Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans und der ehemalige Außenpolitiker Gernot Erler haben ihre Partei aufgefordert, sich auf ihre frühere Friedens- und Russlandpolitik zu besinnen und den

Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich beim Widerstand gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zu unterstützen. Sie seien „tief besorgt“ über die „Schlagseite“ der Debatte. Es gehe zu sehr um Abschreckung und zu wenig um Abrüstungsverhandlungen. Die Verfasser, die sich zu einem Projekt „Frieden 2.0“ zusammengeschlossen haben, warnen in ihrem Brief „wie Rolf Mützenich“ vor der Stationierung amerikanischer Raketen. Es gehe „um nicht weniger als um die Frage, ob unser dicht besiedeltes Land zum Ziel eines atomaren Erstschlags werden könnte“. Es wäre schön, wenn man bei solchen Initiativen auch mal eine saarländische sozialdemokratische Stimme hören würde, so wie wir das in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts kannten.

Schon auf der DGB Kreisvorstandssitzung hatte der Vorsitzende sein „Bauchweh“ kundgetan, als informiert wurde, man beabsichtige zum Antikriegstag auf die Ministerpräsidentin Anke Rehlinger zu setzen. Es wurde der Vorschlag entwickelt, auch einen Redner oder eine Rednerin aus dem Spektrum „Gewerkschafter für den Frieden“ einzuladen.

Wie Rainer Tobae auf unserer Vorstandssitzung von ver.di Saar informierte, hat die DGB-Regionsgeschäftsführerin Simone Babel am 29. Juli den Kollegen Albert Augustin und Rainer Tobae mitgeteilt, dass man sich gegen diesen Vorschlag entschieden habe. Wir dokumentieren die Email:

Lieber Albert,

Lieber Rainer,

leider muss ich Euch mitteilen, dass wir uns dagegen entschieden haben, einen weiteren Redner zur Kranzniederlegung am 1. September einzuladen – dieses Jahr.

Wir glauben, dass die auf maximal 60 Minuten ausgelegte Kranzniederlegung, die realistischweise mit 10 Minuten Verspätung beginnt, durch noch einen Redebeitrag überfrachtet würde.

Mit Begrüßung, Musik, Kranzniederlegung und den Reden von Timo und Anke Rehlinger ist das Zeitkontingent ausgeschöpft. Für mehr Diskurs müssten wir den Ablauf deutlich ändern.

Dieses Jahr haben wir uns erneut für eine niedrigschwellige Variante mit Festcharakter entschieden. Wie schon im vergangenen Jahr, erweitern wir das Programm ja auch dieses Jahr um das Friedensfest vor der Kirche St. Michael.

Deswegen können wir den Rahmen der Kranzniederlegung nicht erweitern und auch die Kranzniederlegung nicht in eine Art Diskussionsveranstaltung umwandeln.

Zudem können wir nicht die Ministerpräsidentin einladen (sie hat inzwischen zugesagt), um sie dann auf zehn bis 15 Minuten zu beschränken. Selbiges würde auch für einen weiteren Gast, der/die eventuell von weiter her anreisen müsste.

Wir verstehen Euren Ansatz, am Antikriegstag die Bandbreite gewerkschaftlicher Positionen abzubilden - sozusagen als Gegenpart zu einer „offiziellen“ Regierungsposition - doch in diesem Jahr muss Timo diesen Part in seiner Rede mit übernehmen.

Ich schlage vor, dass wir uns zur Abstimmung des Antikriegstags im kommenden Jahr frühzeitig zusammensetzen, damit wir den Tag mit mehr Vorlauf gemeinsam gestalten können.

Wir hoffen, das trifft auf Euer Verständnis.

Viele Grüße,

Simone

Unser Vorsitzender Rainer Tobae antwortete wie folgt. Wir dokumentieren auch diese Mail zur Meinungsbildung.

Liebe Simone, lieber Timo, ihr habt Eure Entscheidung getroffen. Ich will nicht verhehlen, ich finde sie falsch.

Anke Rehlinger hat sicher ihre Verdienste, die von ihr in der Friedensfrage vertretenen Positionen gehören meines Erachtens nicht dazu. Ich kann nicht erkennen, was Anke Rehlinger zur Hauptrednerin am Antikriegstag des DGB prädestiniert.

Vor wenigen Wochen wurde auf dem NATO-Gipfel bekannt, dass die USA neue Mittelstrecken- und Hyperschallraketen neuer Qualität auf deutschem Boden stationieren wird. Ohne das gewählte Parlament unseres Landes zu informieren, geschweige denn zu befragen. Dies führt m. E. zu einer weiteren gefährlichen Eskalation in der Frage Krieg oder Frieden. Ich halte es für dringend geboten, dass sich die Gewerkschaften in der aktuellen Situation offensiv und unmissverständlich als Teil der Friedensbewegung artikulieren und deutlich machen, dass wir die Stationierung neuer Raketen, die dazu atomar nachrüstbar sind,



auf deutschem Boden ablehnen. Wir sollten uns gemäß unserer Beschlusslagen gegen den Hochrüstungskurs und die proklamierte Kriegstüchtigkeit positionieren. Und logisch ist auch, werden Sonderprogramme für die Bundeswehr und das 2% Ziel weiter umgesetzt, fehlt das Geld für Soziales und Klima, für Schulen, Krankenhäuser, KITAS und Pflege, für eine Verkehrswende und eine ausreichende Kindergrundsicherung, um nur einiges zu nennen.

Unser Vorschlag war nicht eine Diskussionsveranstaltung zu machen, sondern eine Rednerin oder einen Redner dazu zu nehmen der die Positionen eines großen Teiles der Friedensbewegung vertritt. Das Konzept mit Kranzniederlegung, Kundgebung und anschließenden Friedensfest finden wir ja gut. Einen Vertreter der Initiative „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg-Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ hätten wir als Bereicherung gesehen. Wir hätten bei der Suche nicht einmal „außer Land“ gehen müssen, entsprechende Vorschläge habe ich gemacht.

Ich verstehe auch nicht, warum man nicht bei der Einladung der Hauptreferentin, des Hauptreferenten an eine Sozialdemokratin, Sozialdemokraten gedacht hat, die sich friedenspolitisch in gewerkschaftlichen Sinne positioniert. Peter Brandt, Hertha Däubler-Gmelin, Michael Müller und andere äußern sich in dem Aufruf „Nein zu Deutschland als Kriegspartei“. Oder denken wir an Professor Wolfgang Däubler, Horst Schmitthenner um weitere Namen zu nennen. Da wäre einiges möglich gewesen. Schade!

Trotz meiner Verärgerung werde ich in meinem Umfeld und in meiner Funktion als Vorsitzender des ver.di Ortsverbandes Saar mit Kräften für die Veranstaltung werben.

Mit kollegialen Grüßen

Rainer Tobae

Lassen wir uns den Antikriegstag nicht nehmen. Wir sehen uns am 1. September in Völklingen.

Beratung von Friedensgruppen:

Auf zur Demo am 3.10. in Berlin

Auf Einladung von Irene Himbert von attac Untere Saar trafen sich am 23. Juli Vertreter verschiedener sich der Friedensbewegung zuzählende Gruppen zu einer formellen Beratung. Mit dabei auch Vertreter der ver.di OV Saar, deren Vorsitzender die Veranstaltung moderierte.

Bei allen unterschiedlichen Bewertungen und Sichtweisen sind sich die Teilnehmer*innen einig, dass sich die Friedenskräfte stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen müssen.

Man einigte sich auf folgenden Konsens: „Wir wenden uns gegen das erneute Eskalieren in der Frage Krieg oder Frieden durch den Beschluss der Nato Tagung neue Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren. Wir wenden uns gegen den Kurs der weiteren Hochrüstung der Bundeswehr und stimmen überein, dass Kriege nur



durch Verhandlungen und Diplomatie zu beenden sind. Wir finden, dass in dieser Situation die Friedensbewegung gestärkt und sichtbarer gemacht werden muss. Deshalb unterstützen wir die für den 6. August geplanten Aktionen zum Hiroshima Tag in Saarbrücken und Saarlouis, die Veranstaltung des DGB am 1. September in Völklingen und rufen zur Teilnahme an der Demonstration am 3. Oktober in Berlin auf. Wir wollen in einem weiteren Treffen am 20. August die Diskussion fortsetzen.“

Im Sauseschritt:

Das Volk auf Kriegskurs bringen

Falschbehauptungen, Druck und neue gesetzliche Weichenstellungen versuchen die verunsicherte Bevölkerung auf den Kriegskurs der Ampel zu zwingen. So rechtfertigte Außenministerin Baerbock die Stationierung der US-Raketen damit, dass sich Europa vor Putin



Für die abhängig Beschäftigten bietet der Krieg keine hoffnungsvolle Perspektiven. „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“

Bertolt Brecht.

schützen müsse, weil dieser bereits vor Jahren internationale Abrüstungsverträge gekündigt habe. Dass es aber die USA waren, die das Open Sky-Programm, den INF- und auch den ABM-Vertrag kündigten, verschweigt sie. Und es fällt schwer zu glauben, dass eine Politikerin ihres Ranges dies unwissentlich tut.

Doch nicht nur die Grünen tragen mit Falschbehauptungen dazu bei, dass das schleichende Gift der Militarisierung in die Gesellschaft einsickert. Auch Bildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) scheint damit durchzukommen, dass ihr Ministerium politische Listen mit den Namen von Hochschullehrern führte, die sich mit dem propalästinensischen Protest ihrer Studenten solidarisierten.

In Bayern verständigten sich CSU, Freie Wähler und SPD auf ein Gesetz, dass Schulleitungen nicht nur die Möglichkeit in Aussicht stellt, Bundeswehroffiziere in den Unterricht einzuladen, sondern sie dazu verpflichtet. Das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ verbietet zudem die Zivilklausel und nimmt den Hochschulen die Möglichkeit, sich selbständig für eine zivile Nutzung ihrer Forschungsergebnisse zu entscheiden.

GEDENKFEIER 90 JAHRE "NIE ZU HITLER!"

SONNTAG, 25. AUGUST 2024, 16:00 UHR
"AULA", GÄRTNERSTR. 12, 66280 SULZBACH/SAAR

AM 26. AUGUST 1934 FÜHRTE DIE "EINHEITSFRONT" AUS SPD UND KPD IM SAARGEBIET DIE GRÖSSTE ANTI-FASCHISTISCHE KUNDGEBUNG, DIE ZWISCHEN 1933 UND 1945 AUF DEUTSCHEM BODEN STATTFAND, IN SULZBACH AM EHEMALIGEN REICHSBANNERHEIM DURCH. MIT DER GEDENKFEIER 90 JAHRE "NIE ZU HITLER!" MÖCHTEN WIR AN DIESEN HISTORISCHEN TAG ERINNERN.

GEMEINSAM FÜR UNSERE DEMOKRATIE!



SAAR
SPD



Deutscher
Gewerkschaftsbund
Rheinland-Pfalz
Saarland
DGB



Arbeitskammer des Saarlandes
beraten. bilden. forschen.

 AWO Saarland

 ege DKB

 WASS

 Die Linke

 SULZBACH

Diskussion im Ortsverein Saar:

Jetzt heißt es Stärke aufbauen

Im Januar 2025 starten die Tarifverhandlungen für die rund 2,5 Millionen Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen. Deswegen hatten wir zur Sitzung am 8. August die Gewerkschaftssekretärin Lisa Summkeller eingeladen.

Lisa Summkeller informierte über den Stand der Vorbereitung und legte dabei ihr Augenmerk besonders auf die Krankenhäuser. Dort sind durch die Tarifrunde direkt der Winterberg, die SHG-Kliniken, das Kreiskrankenhaus St. Ingbert und indirekt auch die Knappschichtkrankenhäuser betroffen.



Neben einer ordentlichen Lohnsteigerung stehe auch das Thema Arbeitszeit zur Diskussion, informierte die Sekretärin. Unsere große ver.di - Arbeitszeitbefragung habe gezeigt, wie hoch Belastung und Arbeitsdruck im öffentlichen Dienst sind. Viele Stellen seien unbesetzt und es gebe jede Menge Ansatzpunkte, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Zu erwarten sei, dass die Arbeitgeberseite nicht freiwillig zu Zugeständnissen bereit ist und die Auseinandersetzungen sehr hart werden.

Überhaupt, so Lisa Summkeller, würden die Tarifaufeinandersetzungen immer härter werden, sie erwarte eine schwierige Tarifrunde. Allerdings sei sie auch optimistisch, denn gemeinsam könne man viel erreichen.

Im Juni startete die Beschäftigtenbefragung zu den Forderungen. Sie läuft bis zum 27. September. Bis dato haben sich über 72.000 Kolleginnen und Kollegen an der Debatte beteiligt, davon



1.200 vom Bezirk Region Saar-Trier, so 9 % der Beschäftigten der Arbeitsverwaltung und 5 % der Landeshauptstadt Saarbrücken.

Die Anwesenden bedankten sich in der folgenden Diskussion sehr herzlich für die umfangreichen Informationen und versprachen in den Auseinandersetzungen solidarisch zu unterstützen. In der Diskussion wurden verschiedene Probleme angesprochen und sehr strittig über die Forderung nach Mitgliedervorteile diskutiert. Ein spannender Abend.

Tarifrunde Handel:

Hart erkämpfte Erfolge

Die Beschäftigten im Handel haben über ein Jahr für nachhaltige tabellenwirksame Entgelterhöhungen gekämpft. Nachdem im Hamburger Einzelhandel eine erste Einigung erzielt werden konnte, wurde in der Nacht zum 4. Juli in Berlin und Brandenburg der letzte Abschluss im Einzelhandel erzielt. Am 26. Juni hatte ver.di sich mit dem Handelsverband Saarland vereinbart. Auch im Groß- und Außenhandel haben die letzten Bundesländer endlich eine Einigung erzielt.

Insgesamt haben Verkäufer*innen in Vollzeit nun rund 400 Euro mehr in der Tasche. Dazu gehört auch eine 40-prozentige Erhöhung der tariflichen Altersvorsorge von 300 auf 420 Euro jährlich. Über die gesamte Laufzeit beträgt die Erhöhung inklusive der verbesserten tariflichen Altersvorsorge einen Zuwachs von rund 14 Prozent.

Hintergrund:

Tarifverträge im öffentlichen Dienst

Es gibt viele Tarifverträge, die im öffentlichen Dienst und bei anderen öffentlichen Arbeitgebern, wie zum Beispiel den Sozialversicherungsträgern (Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung) zur Anwendung kommen. ver.di handelt diese Tarifverträge mit Vertreter*innen des Bundes, der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL - das ist der Arbeitgeberverband der Länder mit Ausnahme von Hessen) und der Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) aus.

Auch wenn die Verhandlungen für die Beschäftigten seitens ver.di hochkarätig geführt werden: Ohne die Mitglieder, ohne die Kolleg*innen in den Betrieben und Dienststellen geht bei uns als Mitgliederorganisation gar nichts. Ihr entscheidet über Forderungen, Verhandlungsstände, Streiks und letzten Endes kommt es auf Euer Votum an, ob ein Verhandlungsergebnis angenommen wird oder nicht. Deswegen werden Tarifergebnisse auch besser, wenn sich mehr Kolleg*innen in der Gewerkschaft organisieren.

ver.di ist die Gewerkschaft für die Mehrheit der rund fünf Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und verhandelt federführend für die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Gewerkschaften. ver.di ist dabei allein schon wegen ihrer Größe mit rund zwei Millionen Mitgliedern durchsetzungsstark und verfügt über unschlagbare fachliche Kompetenz in den einzelnen Berufsgruppen.

Ob Feuerwehrleute, Erzieher*innen, Justizangestellte, Müllwerker oder andere Berufsgruppen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten: In ver.di finden sich die passenden fachlichen Expert*innen. Natürlich auch für Fragen der Finanzierung des öffentlichen Dienstes, der Steuerpolitik und der Kommunalfinanzen ebenso wie für eine solidarisch finanzierte Gesundheitspolitik.



Unsere Stärke zählt

Um Tariffragen des öffentlichen Dienstes kümmert sich das Tarifsekretariat öffentlicher Dienst, in dem sich zehn Kolleg*innen ausschließlich um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen rund um den öffentlichen Dienst kümmern. Dabei geht es nicht nur um die Gehälter, sondern auch um die Arbeitsbedingungen.

Demo in Hamburg

Rentner wollen Inflationsausgleich

Am 15.06.2024 fand in Hamburg eine Demonstration der Rentner*innen statt.

Aufgerufen hatte dazu ein Bündnis aus den ver.di Landesbezirken Hamburg und Nord, DGB Senior*innen Hamburg, der AWO, SoVD, dem VdK, sowie verschiedenen Seniorenbeiräten.

Gefordert wurde ein Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro für alle Rentner*innen. Seit 2021 liegen die jährlichen Rentenerhöhungen unterhalb der Inflationsraten. Der Demonstration vorangegangen war eine Unterschriftensammlung, die innerhalb kürzester Zeit über 200.000 Unterstützer gefunden hatte. Die Botschaft war klar eindeutig: Rentner*innen dürfen nicht weiter abgehängt werden.

Darüber hinaus wurde eine echte Rentenreform angemahnt, die alle Erwerbstätigen einbezieht.

Inflationsausgleich auch für Rentner*innen - Jetzt!



Fragt sich, warum wir im Saarland nicht so eine Demo hinbekommen?

September-Sitzung:

Treffen in der Ruder-Kneipe

Am Donnerstag, 12.9. wollen wir uns nicht wie üblich im ver.di-Haus treffen, sondern zu einem Umtrunk in gemütlicher Runde im Gasthaus Undine in der Bismarcks.129 in Saarbrücken.

Um einen Tisch zu bestellen, bedarf es der verbindlichen Anmeldung bei michael@Quetting.de bis zum 5. September.

Bitte melden.